



**Gastkommentar von Hannes Androsch**

## „Ein Profi-Heer für Österreich“

Ich bin davon überzeugt, dass sich die allgemeine Wehrpflicht überlebt hat und trotz eines gesunden Kernes mehr als unzumutbar und damit unbefriedigend ist.

Mit wenigen Ausnahmen, wie zum Beispiel am westlichen Balkan, erfreuen wir uns in Europa nunmehr bald 70 Jahre des relativen Friedens. Unsere Friedenszeit ist dem Sicherheitsschirm der USA und der europäischen Integration zu danken. Wir brauchen seither nicht mehr die Panzer oder die Stiefel fremder Armeen auf unserem Staatsgebiet zu fürchten. Allerdings sind in der Zwischenzeit andere sicherheitspolitische Gefahren und Herausforderungen entstanden. Dazu gehören die Bedrohung durch terroristische Angriffe, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das Streben nach Ressourcensicherheit, unerwünschte Migration aus anderen Regionen, Naturkatastrophen oder Cyber-Attacken. Dies



**Hannes Androsch: „Die Zeit der Massenheere ist vorbei.“** Foto: APA

sind die Problemstellungen einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zu der jedes Mitglied und damit auch Österreich im wohlverstandenen Eigeninteresse einen angemessenen Beitrag leisten muss. Kein einziges EU-Mitgliedsland kann diese Herausforderungen heute alleine lösen. Die USA haben in der Zwischenzeit andere Orientierungsschwerpunkte und Probleme, sodass sich Europa wohl auch sicherheitspolitisch emanzipieren und mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen muss. Dementsprechend ist den sicherheitspolitischen Herausforderungen und Aufgaben in einem europäischen Kontext Rechnung zu tragen.

Damit ist aber auch die Sinnfrage, ob wir ein Bundesheer benötigen, eindeutig beantwortet. Die komplexen neuen Aufgaben erfordern flexibel einsetzbare, hochprofessionelle und rasch verfügbare Streitkräfte. Die Zeit des Kalten Krieges, in welcher einander Massenheere gegenüberstanden, ist erfreulicherweise Geschichte. Wir benötigen heute vielmehr Profis und Spezialisten in allen Sicherheitsbereichen. Dies erfordert eine entsprechende professionelle Ausbildung und Qualifikation, verbunden mit ständigem Training. Mit einem zwingenden Wehrdienst von wenigen Monaten ist dies nicht zu erreichen, auch wenn das Bemühen der Ausbilder noch so groß sein möge. <

– beim Wiedereinstieg ins „zivile Erwerbsleben“ finanziell unterstützt. So würde das Militär Ausbildungskosten übernehmen. Diese Miliz ist sozusagen das Herzstück des Darabos-Modells: 9.300 Soldaten verpflichten sich, an einer zweiwöchigen Übung im Jahr teilzunehmen – und im Notfall auch für Inlandseinsätze zur Verfügung zu stehen. Den Rest des Jahres arbeiten sie wie gewohnt in ihrem zivilen Beruf weiter. Für ihre Bereitstellung erhalten sie eine Anerkennungsprämie von 5.000 Euro, bei einem tatsächlichen Einsatz bekommen sie zusätzlich Geld. Auch bei den Zivilbediensteten will Darabos sparen. In Zukunft sollen sich nur noch 6.500 Personen um die Verwaltung kümmern. Das sind rund 2.000 weniger als im jetzigen System. Die Zahl soll durch natürliche Abgänge und Verlagerungen in andere Ressorts reduziert werden. Und die Differenz auf 55.000? Die füllt die beorderte Miliz auf – zumindest auf dem Papier. Unwahrscheinlich ist allerdings, dass die Kos-

### Die Wirtschaftsleistung Österreichs wäre ohne Wehrpflicht jährlich um 480 Millionen Euro höher

*Personenkomitee „Unser Heer“*

ten für die Umstellung und den Erhalt einer Hochtechnologie- und Profiarmerie gleich bleiben werden. Um eine drastische Erhöhung des Verteidigungshaushalts wird daher keine Regierung herkommen. Dazu muss man wissen, dass Österreich neben Irland und Luxemburg das einzige Land in Europa ist, dessen Heeresbudget mit 0,63 Prozent weit unter einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt. Das Heeresbudget wird seit Jahren laufend gekürzt. Dabei übersieht man jedoch, dass in Zukunft im Rahmen einer europäischen Solidarität mehr militärische Aufgaben auf Österreich zukommen werden. Es reicht nicht mehr aus, mit dem Hinweis auf die Neutralität notwendige Interventionen an Nato-Staaten zu delegieren.

Mit dem Wegfall der Wehrpflicht wäre allerdings auch der Zivildienst Geschichte. Der Plan von Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ): Er will das freiwillige Sozialjahr einführen, bei dem Männer und Frauen ab 18 Jahren ein Jahr lang für Gesundheits- und Sozialeinrichtungen arbeiten können. Plätze soll es für 8.000 Interessierte im Jahr geben, sie erhalten 1.386 Euro



**ÖVP-Bundesparteiobmann Michael Spindelegger mit Generalsekretär Hannes Rauch (v.l.)**

Foto: Jakob Glaser

brutto pro Monat, 14-mal im Jahr. Das Modell kostet nach Angaben des Sozialministeriums insgesamt 211 Millionen Euro. In Deutschland jedenfalls hat nach der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht die soziale Hilfe unter dem Ende des Zivildienstes nicht gelitten. Zur Überraschung aller wird der „Bundesfreiwilligendienst“ geradezu gestürmt. Es gibt mehr Interessenten als freie Plätze. Den „Bufdi“ als Nachfolger des „Zivi“ erklärt die ressortzuständige Jugendministerin Kristina Schröder gar zur „politischen Sensation“.

### 3-Säulen-Modell der ÖVP

Hingegen erteilt die ÖVP sowohl einem Berufswehr als auch einem Sozialjahr eine deutliche Abfuhr. Die Volkspartei hält an der Wehrpflicht fest, möchte aber – zumindest vor der Volksbefragung – kein eigenes Konzept präsentieren. In groben Zügen wurde die Idee eines „Österreich-Dienstes“ vorgestellt: Junge

**Volksbefragung 2013**  
 Eine Information des Bundesministeriums für Inneres

Die Frage wird lauten:  
 a) Sind Sie für die Einführung eines Berufswehres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres  
 oder  
 b) sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?

Stimmrechtlich sind:  
 • österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die spätestens am Tag der Volksbefragung 20. Jänner 2013 16 Jahre alt werden und ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben;  
 • Auslandsösterreichern und Auslandsösterreichern, die ihren Hauptwohnsitz im Ausland haben und in der Wahlerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sind.

Stimmabgabe persönlich mit amtlichem Lichtbildausweis:  
 • im Wahllokal in der Hauptwohnsitz-Gemeinde oder  
 mit Stimmkarte:  
 • in einem Wahllokal in jeder Gemeinde Österreichs  
 • vor einer „Übergangenen Wahlbehörde“  
 • per Briefwahl

Informationen:  
 www.bm-i.at/volksbefragung2013.at  
 Tel.: 0800 505 165 (gebührenfrei)  
 (Mo.-Fr. 08.00 - 13.00 Uhr)

**BM.I**



Männer können sich entscheiden, ob sie den Zivildienst, einen Dienst an der Waffe oder einen Katastrophenschutz-Dienst ableisten. Die beiden Letztgenannten dauern fünf Monate, anschließend werden noch Milizübungen im Ausmaß von einem Monat angehängt. ÖVP und Anhänger der Wehrpflicht argumentieren, dass der „Dienst für Österreich“ das Gemeinwohl fördere und jungen Erwachsenen eine Identifikation mit ihrer Heimat ermögliche. Der Wehr- und Zivildienst, so weiter, sei wichtig für die gesellschaftliche Integration – besonders auch für Österreicher mit Migrationshintergrund sei er eine einmalige Chance, sich mit den Grundwerten ihrer neuen Heimat vertraut zu machen. Das Bundesheer fördere die körperliche Leistungsfähigkeit der Rekruten und erkenne sportliche Talente. Viele österreichische Athleten kämen aus dem Heeresport. Doch damit alleine ist die Wehrpflicht nicht zu rechtfertigen. Gesellschaftliche Integration beziehungsweise die Orientierung junger Erwachsener kann selbstverständlich auch im freiwilligen Sozialjahr oder im Katastrophenschutz erworben werden. Im Sinne einer funktionierenden Gesellschaft ist es unabdingbar, dass neben den staatsbürgerlichen Rechten auch die Pflichten gesehen und angenommen werden.

#### **Das Modell der Grünen**

Das grüne Modell für ein neues Bundesheer ist vor allem auch aus wirtschaftspolitischer Sicht interessant und zumindest einer Dis-

Die Wehrpflicht ist mit Grundwehrdienern, Berufs-, Zeit- und MilizsoldatInnen die beste und kostengünstigste Form zur Erfüllung aller Aufgaben der Landesverteidigung.

*Österreichische Offiziersgesellschaft*